

Inhalt

■ Ausschreibungen	5
ESF+ - Helpdesk für soziale Dienste	5
Bürger-, Gleichstellungs-, Rechte- und Werteprogramm (CERV) – Partnerschaftsrahmenvereinbarung für im Behindertenbereich tätige Netzwerke	5
Bürger-, Gleichstellungs-, Rechte- und Werteprogramm (CERV) - Betriebskostenzuschüsse 2022 für im Behindertenbereich tätige Netzwerke	6
ESF+ - Partnerschaftsrahmenvereinbarung – Soziale Eingliederung	6
ESF+ - Betriebskostenzuschüsse 2022 für Netzwerke im Bereich soziale Eingliederung	7
ESF+ - Rahmenpartnerschaftsvereinbarungen (Mikrofinanzierung und Finanzierung sozialer Unternehmen)	7
ESF+ – Betriebskostenzuschüsse 2022 (Mikrofinanzierung / Finanzierung sozialer Unternehmen)	8
■ Öffentliche Konsultationen	9
Bildung zu Umwelt und Nachhaltigkeit für alle: Sagen Sie uns Ihre Meinung	9
■ EU-Politik	10
Über 3 Mio. Impfstoffdosen im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens verteilt	10
NextGenerationEU: Weitere 10 Mrd. Euro	10
Bekämpfung von Zwangsarbeit in Lieferketten	11



Pilotprojekt „WomenTechEU“	11
Humanitäre EU-Hilfe für Iran und Pakistan	11
COVID-19 bei Kindern und die Rolle der Schulen	12
Kampagne zur Förderung von Vielfalt und Inklusion in der Film- und Medienbranche.....	12
Interaktive Statistiken zur alternden EU	13
Schweizer COVID-Zertifikate gelten auch in der EU .	13
Syrien: EU fordert Verlängerung der UN-Resolution zu grenzübergreifender Hilfe	14
Wirtschaftsprognose Sommer 2021	14
Halbzeitbewertung der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei	15
Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage	15
Eurobarometer-Umfrage: Klimawandel das größte Problem für die Welt.....	16
Kommission zu Beginn der slowenischen Ratspräsidentschaft in Ljubljana.....	16
Schleswig-Holstein und Saarland: ca. 60 Mio. EU- Aufbauhilfe	17
Digitales COVID-Zertifikat der EU verfügbar	17
Neue COVID-19-Impfstoffproduktionsanlage und Impfstoff-Pipeline	18
Zwei neue Europäische Bürgerinitiativen registriert	18
Langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU	18
Europas Plan gegen den Krebs	19
Sichere Wiedereröffnung des Kultur- und Kreativsektors.....	19
COVID-19: Kommission ermittelt fünf vielversprechende Therapeutika	20

Neue Asylagentur der Europäischen Union.....	20
Arbeitsschutz in einer sich verändernden Arbeitswelt	21
NextGenerationEU: Erste Zahlungen über 800 Mio. Euro	21
Berlin erhält zusätzlich fast 93 Mio. Euro	22
Legislativpaket zur Kohäsionspolitik 2021-2027	22
Schleswig-Holstein und Hamburg erhalten 60 Mio. Euro.....	23
Kommission unterstützt Erholung der Kulturbranche	23
Kommission begrüßt Entwicklung hin zu innovativeren Gesundheitstechnologien	24
NextGenerationEU: Deutscher Aufbau- und Resilienzplan gebilligt.....	24
Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit.....	25
Konferenz zur Zukunft Europas.....	26
EU4Health: Erstes jährliches Arbeitsprogramm	26
Eurobarometer zu COVID19-Impfungen	26
REACT-EU in Deutschland.....	27
Programm „Horizont Europa“ für ein gesünderes, grüneres und digitaleres Europa.....	27
Access City Award 2022: Bewerbungen für barrierefreie Städte ab jetzt möglich.....	28
■ Veranstaltungen	29
Jahreshaushaltskonferenz 2021 - Der EU-Haushalt und NextGenerationEU (NGEU).....	29

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Juli 2021 ist der 15.07.2021.

■ Ausschreibungen

ESF+ - Helpdesk für soziale Dienste

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds + (ESF+) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für einen Helpdesk für soziale Dienste veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **17.08.2021**.

Ziel der Aufforderung ist die Finanzierung eines „Helpdesks für soziale Dienste“, der den Verwaltungsbehörden dabei hilft, ESF+, REACT-EU, EFRE und die Wiederaufbau- und Resilienzfazilität (und andere relevante EU-Fonds) für evidenzbasierte Maßnahmen der sozialen Dienste zu nutzen und den Zugang zu besagten Mittel zu unterstützen.

Vorschläge müssen von einem Konsortium aus mindestens zehn Organisationen der Zivilgesellschaft im Bereich der Sozialdienste und Sozialpartner in mindestens 20 EU-Mitgliedstaaten eingereicht werden.

Insgesamt stehen 2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Bürger-, Gleichstellungs-, Rechte- und Werteprogramm (CERV) – Partnerschaftsrahmenvereinbarung für im Behindertenbereich tätige Netzwerke

Im Rahmen des Bürger-, Gleichstellungs-, Rechte- und Werteprogramms (CERV) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für Partnerschaftsrahmenvereinbarungen (FPA) mit im Bereich der Behinderung tätigen Netzwerken veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **28.09.2021**.

Ziel der Aufforderung ist es, für den Zeitraum 2022-2025 vierjährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen (FPA) mit im Bereich Behinderung tätigen Netzwerken einzurichten. Zu finanzierende Aktivitäten sind u. a. Outreach-Aktivitäten, gegenseitiges Lernen, Forschungsaktivitäten und Input für die Politikgestaltung.

Um förderfähig zu sein, müssen die als formelle Netzwerke gegründeten Antragsteller Organisationen auf europäischer Ebene sein, die u. a. nationale Mitgliedsorganisationen in mindestens vierzehn EU-Mitgliedstaaten haben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Bürger-, Gleichstellungs-, Rechte- und Werteprogramm (CERV) - Betriebskostenzuschüsse 2022 für im Behindertenbereich tätige Netzwerke

Im Rahmen des Bürger-, Gleichstellungs-, Rechte- und Werteprogramms (CERV) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für jährliche Betriebskostenzuschüsse (2022) für im Behindertenbereich tätige Netzwerke veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **30.09.2021**.

Ziel der Aufforderung ist es, die ersten jährlichen Betriebskostenzuschüsse 2022 an im Behindertenbereich tätige Netzwerke zu vergeben, die eine 4-jährige Partnerschaftsrahmenvereinbarung (FPA) für den Zeitraum 2022-2025 unterzeichnen.

Zu den zu finanzierenden Aktivitäten gehören u. a. Outreach-Aktivitäten, gegenseitiges Lernen, Forschungsaktivitäten und Input für die Politikgestaltung. Diese Partnerschaft wird die Kapazitäten dieser Netze stärken, aktiv zur Entwicklung und Umsetzung der EU-Politik in diesem Bereich beizutragen.

Insgesamt stehen 5,8 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF+ - Partnerschaftsrahmenvereinbarung – Soziale Eingliederung

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds + (ESF+) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für vierjährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen (FPA) mit im Bereich der sozialen Eingliederung tätigen Netzwerken veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **28.09.2021**.

Ziel der Aufforderung ist es, für den Zeitraum 2022-2025 vierjährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen (FPA) mit im Bereich der sozialen Eingliederung tätigen Netzwerken einzurichten. Zu den zu finanzierenden Aktivitäten gehören u. a. Outreach-Aktivitäten, gegenseitiges Lernen unter den Mitgliedern, Forschungsaktivitäten und Input für die Politikgestaltung.

Soziale NRO-Netzwerke auf EU-Ebene, die in den Bereichen soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung tätig sind, tragen maßgeblich zur Umsetzung vieler der in der europäischen Säule sozialer Rechte formulierten Grundsätze bei.

Diese Partnerschaft wird die Kapazitäten dieser Netze stärken, aktiv zur Entwicklung und Umsetzung der EU-Politik in diesem Bereich beizutragen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF+ - Betriebskostenzuschüsse 2022 für Netzwerke im Bereich soziale Eingliederung

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds + (ESF+) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für die jährlichen Betriebskostenzuschüsse 2022 an im Bereich soziale Eingliederung tätige Netzwerke veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **30.09.2021**.

Ziel der Aufforderung ist es, die ersten jährlichen Betriebskostenzuschüsse für 2022 an im Bereich soziale Eingliederung tätige Netzwerke zu vergeben, die für den Zeitraum 2022-2025 eine 4-jährige Partnerschaftsrahmenvereinbarung (FPA) unterzeichnen. Zu den zu finanzierenden Aktivitäten gehören u. a. Outreach-Aktivitäten, gegenseitiges Lernen unter den Mitgliedern, Forschungsaktivitäten und Input für die Politikgestaltung.

Soziale NRO-Netzwerke auf EU-Ebene, die in den Bereichen soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung tätig sind, tragen maßgeblich zur Umsetzung vieler der in der europäischen Säule sozialer Rechte formulierten Grundsätze bei. Diese Partnerschaft wird die Kapazitäten dieser Netze stärken, um aktiv zur Entwicklung und Umsetzung der EU-Politik in diesem Bereich beizutragen.

Insgesamt stehen 11,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF+ - Rahmenpartnerschaftsvereinbarungen (Mikrofinanzierung und Finanzierung sozialer Unternehmen)

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds + (ESF+) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für vierjährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen mit Netzwerken in den Bereichen Mikrofinanzierung und Finanzierung sozialer Unternehmen veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **28.09.2021**.

Der Aufruf zielt darauf ab, für den Zeitraum 2022-2025 vierjährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen mit Netzwerken zu schließen, die in den Bereichen Mikrofinanzierung und Finanzierung sozialer Unternehmen tätig sind.

Zu den geförderten Aktivitäten gehören u. a. Outreach-Aktivitäten, gegenseitiges Lernen unter den Mitgliedern, Forschungsaktivitäten und Input für die Politikgestaltung.“

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF+ – Betriebskostenzuschüsse 2022 (Mikrofinanzierung / Finanzierung sozialer Unternehmen)

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds + (ESF+) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für spezifische Betriebskostenzuschüsse für Sozialunternehmen veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **30.09.2021**.

Sozialunternehmen und Kleinstunternehmen sind maßgeblich an der Umsetzung vieler Grundsätze beteiligt, die in der europäischen Säule für soziale Rechte zum Ausdruck kommen.

Die Aufforderung zielt darauf ab, den Organisationen, die eine vierjährige Partnerschaftsrahmenvereinbarung unterzeichnen werden, d. h. Netzwerken, die in den Bereichen Mikrofinanzierung und Finanzierung sozialer Unternehmen tätig sind, spezifische Betriebskostenzuschüsse für 2022 bereitzustellen. Die zu fördernden Aktivitäten umfassen unter anderem Outreach-Aktivitäten, gegenseitiges Lernen unter den Mitgliedern, Forschungsaktivitäten und Input für die Politikgestaltung.

Insgesamt stehen 1,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Bildung zu Umwelt und Nachhaltigkeit für alle: Sagen Sie uns Ihre Meinung

Mit dem Grünen Deal ergreift die EU Maßnahmen, um den Klimawandel zu bekämpfen und alle Bürger*innen anzuregen, auf ein grüneres und nachhaltigeres Europa hinzuarbeiten.

Die allgemeine und berufliche Bildung ist dabei von entscheidender Bedeutung, da sie es Bürger*innen sowie lokalen Gemeinschaften ermöglicht, sich die für diesen Übergang erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen anzueignen.

Die Europäische Kommission erarbeitet derzeit einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu Bildung im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit. Ziel dieser Umfrage ist es, die Ideen und Standpunkte von Einzelpersonen und Organisationen zu dieser Initiative einzuholen, die von der Kommission im Herbst 2021 beschlossen werden soll.

Beiträge zur Konsultation können bis zum **24.09.2021** einreicht werden.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12985-Okologische-Nachhaltigkeit-allgemeine-und-berufliche-Bildung/public-consultation_de

■ EU-Politik

Über 3 Mio. Impfstoffdosen im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens verteilt

Nach neuen Hilfsangeboten der EU-Mitgliedstaaten für Länder mit Impfstoffbedarf hat die Kommission bislang die Verteilung von mehr als 3 Mio. COVID-19-Impfstoffen an Länder außerhalb der EU im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union unterstützt. Die Kommission koordiniert die Lieferung und finanziert bis zu 75 % der Kosten für den Transport der Hilfe.

Seit Beginn der Pandemie hat die EU außerdem die Bereitstellung verschiedener Sachleistungen unterstützt. Die EU-Mitgliedstaaten haben über das Katastrophenschutzverfahren der Union Millionen Masken, Schutzanzüge, Desinfektionsmittel und andere Unterstützung, um den weltweiten Kampf gegen COVID-19 zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3706

NextGenerationEU: Weitere 10 Mrd. Euro

Die Europäische Kommission hat am 13.07.2021 im Rahmen der dritten NextGenerationEU-Anleihe seit Beginn des Programms Mitte Juni weitere 10 Mrd. Euro mobilisiert, mit denen die Erholung Europas von der Coronavirus-Krise und ihren Folgen unterstützt werden soll. Die Kommission hat eine Anleihe mit 20-jähriger Laufzeit ausgegeben, die am 04.07.2041 fällig ist und vom Markt mit großem Interesse begrüßt wurde, wobei die Orderbücher fast 100 Mrd. Euro erreichten.

Dank der fast 10-fachen Überzeichnung, die ein Beweis für das anhaltend starke Anlegerinteresse ist, hat die Kommission sehr günstige Kurskonditionen erhalten. Dies steht im Einklang mit der bisherigen starken Performance des Programms NextGenerationEU.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3682

Bekämpfung von Zwangsarbeit in Lieferketten

Die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) haben am 13.07.2021 Leitlinien für die Sorgfaltspflichten veröffentlicht, die EU-Unternehmen dabei helfen sollen, im Einklang mit internationalen Standards dem Risiko der Zwangsarbeit im Rahmen ihrer Tätigkeiten und Lieferketten zu begegnen.

Die Leitlinien enthalten konkrete und praktische Ratschläge zur Ermittlung, Verhütung, Minderung und Bewältigung des Risikos von Zwangsarbeit, wodurch die Fähigkeit der Unternehmen verbessert wird, Zwangsarbeit aus ihren Wertschöpfungsketten zu beseitigen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3664

Pilotprojekt „WomenTechEU“

Die Europäische Kommission hat am 13.07.2021 „Women TechEU“ gestartet, ein neues EU-Förderprogramm zur Unterstützung von Deep-Tech-Start-ups, die von Frauen geführt werden und das die Entwicklung von Frauen zu künftigen Deep-Tech-Champions fördern soll.

Das Projekt ist Teil des neuen EU-Forschungsprogramms Horizont Europa, Bereich „Innovations-Ökosysteme“ die durch den [Europäischen Innovationsrat \(EIC\)](#) unterstützt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210713-tech-start-ups_de

Humanitäre EU-Hilfe für Iran und Pakistan

Die Kommission hat am 12.07.2021 weitere Unterstützung in Höhe von 22 Mio. Euro an humanitärer Hilfe für die Bedürftigsten in Iran und Pakistan angekündigt. Mit diesem Paket werden diejenigen unterstützt, die am stärksten von durch Menschen verursachte Krisen, der COVID-19-Pandemie sowie von klimabedingten und anderen Naturkatastrophen in der Region betroffen sind.

Von den 22 Mio. Euro werden 15 Mio. Euro für die Unterstützung humanitärer Organisationen verwendet, die im Iran tätig sind, um die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen im Land zu unterstützen.

Ein Teil der Mittel dient der Unterstützung des Kampfes gegen die schwere Coronavirus-Pandemie, einschließlich der Bereitstellung medizinischer Notfallausrüstung.

7 Mio. Euro werden für humanitäre Organisationen in Pakistan bereitgestellt, die sich besonders für die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen, afghanische Flüchtlinge sowie die Aufnahmegemeinschaften einsetzen. Die Hilfe zielt auf afghanische und pakistanische Notleidende, die von Konflikten, Vertreibungen, COVID-19 und Naturkatastrophen, einschließlich Unterernährung, betroffen sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3630

COVID-19 bei Kindern und die Rolle der Schulen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat in einem neuen [Bericht](#) unterstrichen, dass die Bildungssysteme der EU-Staaten gut für das kommende Schuljahr gewappnet sein müssen. Die COVID-19-Fälle bei Kindern werden in den kommenden Monaten wahrscheinlich stärker ansteigen als unter den zunehmend geimpften Erwachsenen. Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen und rechtzeitige Tests bei symptomatischen Fällen seien nach wie vor von grundlegender Bedeutung.

Der Bericht des ECDC stützt sich auf und aktualisiert die Erkenntnisse aus den früheren Berichten des ECDC zu diesem Thema vom [August](#) und [Dezember](#) 2020. Das ECDC hält in seinem Bericht fest, dass allgemeiner Konsens darüber herrsche, dass die Entscheidung, Schulen zu schließen, nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210709-ecdc-bericht-covid-19-kinder_de

Kampagne zur Förderung von Vielfalt und Inklusion in der Film- und Medienbranche

Bei den [Filmfestspielen in Cannes](#) startete die Kommission am 09.07.2021 eine [Sensibilisierungskampagne](#) zur Geschlechtervielfalt und -integration in der Film- und Nachrichtenbranche.

Die Kampagne mit dem Titel „CharactHer“ wird bis Ende des Jahres laufen und soll alle europäischen Talente vor und hinter der Kamera fördern, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Frauen liegt.

Die Kampagne ist die erste Initiative mit einem klaren Schwerpunkt auf Vielfalt und Integration, die im Rahmen des [Aktionsplans](#) für Medien und audiovisuelle Medien gestartet wurde.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210709-kampagne-vielfalt-inklusion-film_de

Interaktive Statistiken zur alternden EU

Am 09.07.2021 hat das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) neue Statistiken zur [„Demographie von Europa“](#) veröffentlicht. Visualisierungen und interaktive Funktionen der demographischen Statistiken sollen den Bürger*innen ein klareres Bild davon geben, wie die Bevölkerung altert und sich entwickelt.

Die Veröffentlichung soll ein breiteres Bewusstsein für die Schlüsselzahlen schaffen, die hinter den Initiativen der Kommission zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Europa stehen, einschließlich der Auswirkungen einer alternden Bevölkerung und der [langfristigen Vision für ländliche Gebiete](#).

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20210709-statistiken-demografie_de

Schweizer COVID-Zertifikate gelten auch in der EU

Die Schweizer COVID-Zertifikate werden in der EU unter den gleichen Bedingungen wie das digitale COVID-Zertifikat der EU akzeptiert. Diese am 08.07.2021 von der Kommission angenommen Entscheidung tritt am 09.07.2021 in Kraft.

EU-Justizkommissar Didier Reynders begrüßte, dass die Schweizer Behörden beschlossen haben, ein System auf der Grundlage des digitalen COVID-Zertifikats der EU einzuführen.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20210708-covid-zertifikat-schweiz_de

Syrien: EU fordert Verlängerung der UN-Resolution zu grenzübergreifender Hilfe

Der EU-Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, ist am 08.07.2021 an die türkische Grenze zum Nordwesten Syriens gereist, wo sich ein wichtiger Grenzübergang befindet, über den Millionen von Menschen in Syrien humanitäre Hilfe erhalten. Der Besuch erfolgt im Vorfeld der Abstimmung über die Verlängerung der demnächst auslaufenden UN-Resolution zu grenzüberschreitender Hilfe am 08.07.2021.

Im März 2021 hat allein die Europäische Kommission humanitäre Hilfe in Höhe von 130 Mio. Euro mobilisiert, um Millionen von Menschen in Syrien lebenswichtige Hilfe zu leisten. Die Kommission unterstützt auch Syrer*innen in Nachbarländern wie der Türkei, dem Libanon, Jordanien und Irak, von denen Geflüchtete aufgenommen werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210708-syrien-eu_de

Wirtschaftsprognose Sommer 2021

Mit einer Wirtschaftstätigkeit, die im ersten Quartal des Jahres die Erwartungen übertroffen hat, und im Zuge der Verbesserung der Gesundheitslage, die im zweiten Quartal zu einer rascheren Lockerung der Pandemiekontrollbeschränkungen geführt hat, dürfte sich die europäische Wirtschaft schneller erholen als erwartet.

Laut Sommerprognose 2021 soll die Wirtschaft in der EU und im Euroraum in diesem Jahr um 4,8 % und im Jahr 2022 um 4,5 % wachsen. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose wurde die Wachstumsrate für das Jahr 2021 deutlich (+0,6 Prozentpunkte in der EU und +0,5 Prozentpunkte im Euroraum) und für das Jahr 2022 leicht (+0,1 Prozentpunkte für beide Gebiete) nach oben korrigiert. Das reale BIP dürfte sowohl in der EU als auch im Euroraum im Schlussquartal 2021 wieder zum Vorkrisenniveau zurückfinden. Im Euroraum ist dies somit ein Quartal früher der Fall als in der Frühjahrsprognose erwartet.

Die Prognose in voller Länge: [Wirtschaftsprognose Sommer 2021:](#)

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3481

Halbzeitbewertung der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei

Im Rahmen der Erklärung EU-Türkei vom März 2016 hat die Europäische Union (EU) über die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei 6 Mrd. Euro für die Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei mobilisiert. Die am 07.07.2021 vorgelegte strategische Halbzeitbewertung ergab, dass diese Hilfe einen wesentlichen Beitrag zum Wohlergehen von Syrer*innen und anderen Personen, die vor dem Konflikt in der Region fliehen, geleistet hat.

Der Halbzeitbewertung zufolge wurde im Rahmen der Fazilität Hilfe von beispielloser Größenordnung und Reichweite geleistet. In dem Bericht wird jedoch auch festgestellt, dass die EU mehr tun muss, um soziale Spannungen in Bezug auf Flüchtlinge abzubauen, wozu auch die Entwicklung einer Strategie für den sozialen Zusammenhalt zählt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3438

Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage

Die Dienststellen der Europäischen Kommission haben am 06.07.2021 den [Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa 2021](#) veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die COVID-19-Krise unterschiedliche soziale Auswirkungen hatte.

Wichtigste Erkenntnisse des Beschäftigungs- und Sozialberichts sind u. a.:

- Die Beschäftigung stieg für systemrelevante Tätigkeiten, die im Homeoffice ausgeführt werden können und wenig soziale Interaktion erfordern.
- Die geografischen Auswirkungen der COVID-19-Krise sind sehr unterschiedlich verteilt, was zu einer Verschärfung der bereits vor der Pandemie existierenden regionalen Ungleichheiten führen könnte.
- Der Rückgang der Beschäftigungsquote in der EU war bei Männern etwas höher als bei Frauen. Die Auswirkung der Krise auf das Geschlechtergefälle hängt jedoch von verschiedenen Faktoren ab. Die Pandemie hat traditionell bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten deutlich gemacht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3384

Eurobarometer-Umfrage: Klimawandel das größte Problem für die Welt

Eine am 05.07.2021 veröffentlichte neue Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass der Klimawandel nach Ansicht der europäischen Bürger*innen das schwerwiegendste Problem ist, vor dem die Welt steht. Mehr als neun von zehn Befragten halten den Klimawandel für ein ernstes Problem (93 %), wobei fast acht von zehn (78 %) ihn als sehr ernst erachten. Auf die Frage nach dem größten Problem in der Welt nannten über ein Viertel (29 %) entweder den Klimawandel (18 %), die Zerstörung der Natur (7 %) oder Gesundheitsprobleme aufgrund von Umweltverschmutzung (4 %).

In Bezug auf die Reaktion der Politik sind sich neun von zehn Europäer*innen (90 %) darin einig, dass die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduziert und die verbleibenden Emissionen kompensiert werden sollten, um in der EU bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Fast neun von zehn Europäer*innen (87 %) halten es für wichtig, dass sich die EU ehrgeizige Ziele setzt, um verstärkt erneuerbare Energien zu nutzen, und ebenso viele erachten es als wichtig, dass die EU die Verbesserung der Energieeffizienz unterstützt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3156

Kommission zu Beginn der slowenischen Ratspräsidentschaft in Ljubljana

Beim Besuch der Europäischen Kommission in Ljubljana zum Beginn der slowenischen Ratspräsidentschaft hat die EU-Kommissionspräsidentin auf die zentralen politischen Themen verwiesen, die in der zweiten Jahreshälfte auf der europäischen Agenda stehen.

So brauche es die Unterstützung des Ratsvorsitzes bei der Umsetzung des Aufbauplans NextGenerationEU, der Diskussionen rund um das Fit-for-55-Paket zu den neuen EU-Klimazielen und beim digitalen Wandel. Auch die Beratungen der EU-Staaten zu den Kommissionsberichten zur Rechtsstaatlichkeit fallen in die Zeit des Vorsitzes. Vertrauen in den Rechtsstaat sei das wichtigste Gut, so von der Leyen bei einer Pressekonferenz mit Premier Janša.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210702-slowenische-ratspraesidentschaft_de

Schleswig-Holstein und Saarland: ca. 60 Mio. EU-Aufbauhilfe

Aus der EU-Aufbauhilfe REACT-EU zur Abfederung der Corona-Folgen erhalten Schleswig-Holstein und das Saarland 59,1 Mio. Euro. Über Änderungen im operationellen Programm (OP) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stehen außer für Deutschland auch für Frankreich und Lettland insgesamt 311 Mio. Euro zur Unterstützung des Aufschwungs und für Investitionen in den grünen und digitalen Wandel im Rahmen von REACT-EU zur Verfügung.

In Schleswig-Holstein können 35 Mio. Euro in die Stärkung des Gesundheitswesens durch den Ausbau der Digitalisierung, in die Stärkung von Start-ups, die Beschleunigung der digitalen Transformation in Wissenschaft und Wirtschaft und in die Unterstützung einer digitalen und stabilen Erholung des Tourismussektors investiert werden. Im Saarland werden zusätzliche Mittel in Höhe von 24,1 Mio. Euro den Aufschwung der Region unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210702-schleswig-holstein-saarland-aufbauhilfe_de

Digitales COVID-Zertifikat der EU verfügbar

Ab dem 01.07.2021 ist das digitale COVID-Zertifikat der EU verfügbar. Alle Menschen, die in der EU wohnen, können sich das digitale COVID-Zertifikat nun ausstellen lassen und bei Bedarf vorweisen. 21 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island hatten bereits vor dem Startdatum mit der Ausstellung von Zertifikaten begonnen.

Das digitale COVID-Zertifikat der EU soll es leichter machen, während der COVID-19-Pandemie in der EU sicher und frei zu reisen. Alle Europäer*innen können sich zwar auch ohne Zertifikat frei bewegen, aber das Zertifikat wird das Reisen erleichtern, und für diejenigen, die es vorweisen können, gelten Beschränkungen wie z. B. Quarantänevorschriften nicht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3343

Neue COVID-19-Impfstoffproduktionsanlage und Impfstoff-Pipeline

Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat am 01.07.2021 einen Darlehensvertrag über 30 Mio. Euro mit dem belgischen Biotechnologieunternehmen Univercells unterzeichnet, um die Produktion großer Mengen prophylaktischer COVID-19-Impfstoffe in einer neuen Produktionsanlage zu ermöglichen und gemeinsam eine Impfstoff-Pipeline zu entwickeln. Dieses Risikodarlehen wird durch die InnovFin Infectious Diseases Finance Facility (IDFF) im Rahmen von Horizont 2020, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU für den Zeitraum 2014-2020, unterstützt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210701-univercells-impfstoffproduktionsanlage_de

Zwei neue Europäische Bürgerinitiativen registriert

Am 30.06.2021 hat die Europäische Kommission beschlossen, zwei Europäische Bürgerinitiativen (EBI) zu registrieren: „Europäischer EcoScore“ und „Für den Schutz kosmetischer Mittel ohne Tierquälerei und ein Europa ohne Tierversuche“. Nach Auffassung der Kommission haben beide Initiativen die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und sind somit rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung der Initiativen hat die Kommission zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

Nach der heutigen Registrierung der beiden EBI können die Organisatoren mit der Unterschriftensammlung beginnen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3321

Langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU

Die Europäische Kommission hat am 30.06.2021 eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete der EU vorgelegt.

Darin hebt sie sowohl die Herausforderungen und Probleme hervor, vor denen die ländlichen Gebiete stehen, als auch einige vielversprechende Chancen, die sich ihnen bieten.

Aufbauend auf einer Vorausschau und umfassenden Konsultationen mit den Bürger*innen und anderen Akteuren in ländlichen Gebieten werden mit der heutigen Vision ein *Pakt für den ländlichen Raum* und ein *Aktionsplan für den ländlichen Raum* vorgeschlagen, die unsere ländlichen Gebiete stärken, vernetzen, resilienter machen und florieren lassen sollen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3162

Europas Plan gegen den Krebs

Am 30.06.2021 startet die Kommission [das Wissenszentrum für Krebs](#), die erste Leitinitiative im Rahmen des [europäischen Plans zur Krebsbekämpfung](#). Das Wissenszentrum ist eine neue Online-Plattform zur Sammlung von Fakten und zur Koordinierung von Maßnahmen gegen die häufigste Todesursache bei Menschen unter 65 Jahren in Europa.

Es wird die neuesten Erkenntnisse über Krebs erfassen, Leitlinien für die Gesundheitsversorgung und Qualitätssicherungssysteme bereitstellen sowie die Entwicklungen bei Krebserkrankungen und der Krebssterblichkeit in der gesamten EU beobachten und erfassen. Es bietet darüber hinaus Gelegenheit für diejenigen, die sich in der Krebsbekämpfung engagieren, bewährte Verfahren auszutauschen, zusammenzuarbeiten und sich zu koordinieren, um unser gesammeltes Wissen und unsere faktengestützte Wissenschaft bestmöglich zu nutzen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3263

Sichere Wiedereröffnung des Kultur- und Kreativsektors

Die Kommission hat am 29.06.2021 [EU-Leitlinien](#) veröffentlicht, die eine sichere Wiederaufnahme der Aktivitäten im Kultur- und Kreativsektor in der gesamten EU gewährleisten sollen. Während sich die epidemiologische Lage verbessert und die Impfkampagnen Fahrt aufnehmen, öffnen die Mitgliedstaaten nach und nach wieder Kulturstätten und lassen die entsprechenden Aktivitäten zu.

Die Leitlinien sollen für ein koordiniertes Vorgehen im Einklang mit den spezifischen nationalen, regionalen und lokalen Gegebenheiten sorgen.

Sie sollen als Richtschnur für die Konzipierung und Umsetzung von Maßnahmen und Protokollen in den EU-Ländern dienen, die sowohl die sichere Wiedereröffnung als auch die nachhaltige Erholung im Kultur- und Kreativsektor umfassen.

Im Herbst 2021 wird die Kommission einen *Online-Leitfaden zur Finanzierung der Kultur durch die EU* veröffentlichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3029

COVID-19: Kommission ermittelt fünf vielversprechende Therapeutika

Die EU-Strategie für COVID-19-Therapeutika liefert am 29.06.2021 ihr erstes Ergebnis mit der Ankündigung eines ersten Portfolios mit fünf Therapeutika, die demnächst für die Behandlung von Patient*innen in der gesamten EU zur Verfügung stehen könnten.

Bei vier dieser Therapeutika handelt es sich um monoklonale Antikörper, die von der Europäischen Arzneimittel-Agentur fortlaufend überprüft werden. Ein weiteres Therapeutikum ist ein Immunsuppressivum, das über eine Genehmigung für das Inverkehrbringen verfügt, die auf die Behandlung von COVID-19-Patient*innen ausgeweitet werden könnte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3299

Neue Asylagentur der Europäischen Union

Die Kommission begrüßt die jüngste Einigung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umwandlung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) in eine Asylagentur der Europäischen Union. Dabei handelt es sich um eine zentrale Initiative im Rahmen des neuen Migrations- und Asylpakets.

Die neue Agentur wird dazu beitragen, die Qualität der Asylverfahren in den Mitgliedstaaten zu verbessern sowie die Verfahren einheitlicher zu gestalten und zu beschleunigen.

Eine neue Reserve von 500 Expert*innen wird es der Agentur ferner ermöglichen, die nationalen Asylsysteme, die mit einer großen Zahl von Fällen konfrontiert sind, wirksamer zu unterstützen. Das EU-Migrationsmanagementsystem ist damit insgesamt effizienter und besser für die Zukunft gerüstet.

Die heute erzielte Einigung muss vom Europäischen Parlament und vom Rat förmlich gebilligt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3241

Arbeitsschutz in einer sich verändernden Arbeitswelt

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der Arbeitsschutz für die Gesundheit der Arbeitnehmer*innen, das Funktionieren unserer Gesellschaft und die Kontinuität kritischer wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten ist.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Kommission den *strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027* an und bekräftigt damit ihr Engagement für eine Aktualisierung der Arbeitsschutzvorschriften. Der Rahmen legt die wesentlichen Maßnahmen dar, die erforderlich sind, um die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer*innen in den kommenden Jahren zu verbessern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3170

NextGenerationEU: Erste Zahlungen über 800 Mio. Euro

Die Kommission hat 800 Mio. Euro im Rahmen von NextGenerationEU ausgezahlt, dem befristeten Aufbauinstrument zur Finanzierung der Erholung Europas von der Pandemie und zur Förderung einer grüneren, digitaleren und resilienteren Wirtschaft.

Die am 28.06.2021 geleisteten Zahlungen gehen an 41 nationale und regionale Programme in 16 Mitgliedstaaten (Frankreich, Griechenland, Tschechien, Deutschland, Polen, Litauen, Niederlande, Slowakei, Estland, Österreich, Dänemark, Finnland, Bulgarien, Schweden, Portugal, Kroatien).

Sie stammen aus der *Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU)*, aus der die Mitgliedstaaten Hilfen zur Finanzierung der Krisenreaktions- und Sanierungsmaßnahmen nach der Coronavirus-Pandemie erhalten. Die Mittel aus REACT-EU kommen zu den Ressourcen der bestehenden kohäsionspolitischen Programme hinzu.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3262

Berlin erhält zusätzlich fast 93 Mio. Euro

Die Kommission wird Berlin fast 93 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellen, indem sie zwei operationelle Programme (OP) des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen der Aufbauhilfe REACT-EU modifiziert. Das operationelle Programm des Europäische Sozialfonds für Berlin wird mit weiteren knapp 37 Mio. Euro aus der Europäischen Aufbauhilfe REACT-EU ausgestattet.

Neben den knapp 37 Mio. Euro aus dem ESF werden weitere 55,6 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20210625-berlin-aufbauhilfe_de

Legislativpaket zur Kohäsionspolitik 2021-2027

Die Kommission begrüßt die Annahme der politischen Vereinbarungen über das Legislativpaket zur Kohäsionspolitik 2021-2027 im Umfang von 373 Mrd. Euro durch das Europäische Parlament und die Unterzeichnung des Pakets durch beide gesetzgebenden Organe. Dies sind die letzten Schritte im Legislativverfahren. Damit traten die kohäsionspolitischen Rechtsvorschriften am 01.07.2021 in Kraft.

Das Paket enthält folgende Verordnungen:

- die Dachverordnung für Fonds mit geteilter Mittelverwaltung,
- die Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds,
- die Verordnung über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+),

- die Interreg-Verordnung über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“.

Mit der Annahme der Dachverordnung werden außerdem zentrale funktionstechnische Elemente der neuen *Verordnung über den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)* festgelegt, der die kohäsionspolitischen Fonds im Zeitraum 2021–2027 ergänzt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3058

Schleswig-Holstein und Hamburg erhalten 60 Mio. Euro

In Deutschland erhält das Schleswig-Holstein aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zusätzliche 35 Mio. Euro. Damit kann das Bundesland den Schwerpunkt auf die Unterstützung des Gesundheitssektors und die Digitalisierung und Innovation kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) legen.

Hamburg erhält aus dem Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) 2021 zusätzliche 25 Mio. Euro, um mehr als 13 000 Menschen kurzfristig mit Schulungen und Coaching zu unterstützen und so ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz zu erhöhen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210624-schleswig-holstein-und-hamburg_de

Kommission unterstützt Erholung der Kulturbranche

Die Kommission hat am 23.06.2021 weitere Aufforderungen zur Förderung des Kultur- und Kreativsektors im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ veröffentlicht und insgesamt 88 Mio. Euro bereitgestellt.

Mit diesem Budget werden europäische Kooperationsprojekte im Kulturbereich, die Verbreitung und größere Vielfalt europäischer literarischer Werke sowie Ausbildungs- und Auftrittsmöglichkeiten für junge Musiker*innen gefördert.

Die Aufrufe konzentrieren sich u. a. auf die europäische künstlerische Zusammenarbeit und Innovation zu Themen wie Publikumsbindung, Digitalisierung des sozialen Zusammenhalts und Beitrag zum europäischen Green Deal.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210623-kulturbranche_de

Kommission begrüßt Entwicklung hin zu innovativeren Gesundheitstechnologien

Die Kommission begrüßt die politische Einigung, die das Europäische Parlament und der Rat am frühen Morgen in Bezug auf die Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA) erzielt haben. Die Verordnung macht innovative Gesundheitstechnologien wie innovative Arzneimittel und bestimmte Medizinprodukte für Patient*innen in der EU verfügbarer, gewährleistet eine effiziente Ressourcennutzung und erhöht die HTA-Qualität EU-weit.

Die Verordnung ersetzt das derzeitige System der EU-finanzierten projektbezogenen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien durch einen ständigen Rahmen für gemeinsame Arbeiten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3142

NextGenerationEU: Deutscher Aufbau- und Resilienzplan gebilligt

Die Europäische Kommission hatte den deutschen Aufbau- und Resilienzplan am 22.06.2021 positiv bewertet. Damit rückt die Auszahlung von 25,6 Mrd. Euro an Zuschüssen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU ein gutes Stück näher. Die Mittel sollen helfen, die wichtigen Investitions- und Reformvorhaben umzusetzen, die Deutschland in seinem Aufbau- und Resilienzplan skizziert hat, und werden entscheidend dazu beitragen, dass Deutschland gestärkt aus der COVID-19-Pandemie hervorgehen kann.

Der Rat hat nun grundsätzlich vier Wochen Zeit, um den Kommissionsvorschlag anzunehmen.

Nach der Billigung durch den Rat könnte eine Vorfinanzierung von 2,3 Mrd. Euro an Deutschland ausgezahlt werden. Dies entspricht 8,7 % der Gesamtmittel, die Deutschland zugewiesen wurden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3133

Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Die europäischen Institutionen, die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft setzen sich zum ersten Mal gemeinsam für die Bekämpfung der Obdachlosigkeit ein.

Auf einer hochrangigen Konferenz in Lissabon haben sie am 21.06.2021 die *Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit* ins Leben gerufen, die den Dialog anstoßen, das Voneinander Lernen fördern, die Kenntnis der Faktenlage und die Überwachung verbessern und die Zusammenarbeit zwischen allen an der Bekämpfung der Obdachlosigkeit beteiligten Akteuren stärken soll.

Der Start der Plattform markiert den Beginn eines Prozesses der Abstimmung und des gemeinsamen Engagements und soll konkrete Fortschritte bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit in den Mitgliedstaaten bringen.

Ending Homelessness Award 2021

Anlässlich der hochrangigen Konferenz wurden drei Projekte aus EU-Mitgliedstaaten, die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) unterstützt wurden, mit dem „Ending Homelessness Award“ 2021 ausgezeichnet. Das Ziel der dritten Ausgabe der „Ending Homelessness Awards“ war es, das Bewusstsein für die Möglichkeiten zu stärken, die der neue Mehrjährige Finanzrahmen für eine wirksame Bekämpfung der Obdachlosigkeit bietet.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3044

Konferenz zur Zukunft Europas

Am 19.06.2021 hielt die Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg ihre Eröffnungssitzung ab. Dieses erste Plenum ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Konferenz - ein europäischer demokratischer Prozess, der offener und inklusiver ist als alles, was es bisher auf diesem Gebiet gab.

Die europäischen Bürgerforen werden im September und Oktober veranstaltet. Die Konferenz ist bestrebt, jungen Menschen größtmöglichen Raum zu geben, und in diesem Sinne werden auch die Vorbereitungen für das vom Europäischen Parlament organisierte Europäische Jugend-Event im Oktober weiterlaufen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3092

EU4Health: Erstes jährliches Arbeitsprogramm

Das erste [Arbeitsprogramm](#) im Rahmen der EU-Gesundheitsinitiative „EU4Health“ steht. Darunter werden 312 Mio. Euro bereitgestellt, um in den EU-Mitgliedstaaten in die Krisenvorsorge, Krankheitsprävention, in widerstandsfähige Gesundheitssysteme und die Digitalisierung zu investieren. Das Programm wird von der Europäischen Kommission und der Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) verwaltet.

Gefördert werden können Projekte u. a. zur Vermeidung von Arzneimittelengpässen, zur Prävention, Früh-erkennung, Diagnose und Behandlung von Krebs, zur Stärkung der europäischen Referenznetze für seltene Krankheiten und zur Vorbereitung eines europäischen Gesundheitsdatenraums.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210618-eu4health_de

Eurobarometer zu COVID19-Impfungen

Eine am 17.06.2021 veröffentlichte Umfrage der Europäischen Kommission unterstreicht die hohe Bereitschaft der Menschen in Europa, sich gegen COVID19 impfen zu lassen. Fast acht von zehn Befragten sind entweder schon geimpft oder wollen sich noch in diesem Jahr impfen lassen. In Deutschland sind es sogar 84 %.

70 % der Europäer*innen und 67 % der Deutschen sind der Meinung, dass die Europäische Union eine Schlüsselrolle dabei spielt, die Versorgung mit Impfstoffen zu sichern. EU-weit wurden bisher 353 Mio. Impfdosen ausgeliefert und 299 Mio. Dosen verimpft. 53,3 % der Erwachsenen in der EU haben mindestens eine Impfung erhalten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210617-eurobarometer-impfungen_de

REACT-EU in Deutschland

Die Europäische Kommission hat für Deutschland Änderung an den operationellen Programmen (OP) des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Aufbauhilfe REACT-EU genehmigt und sie um insgesamt 154,9 Mio. Euro aufgestockt.

Die Aufbauhilfe für Deutschland gehört zu den insgesamt 2 Mrd. Euro, die die Kommission für Deutschland, Belgien, Griechenland, die Slowakei und Frankreich zur Bewältigung der Coronavirus-Krise genehmigt hat.

Hamburg erhält zusätzliche Mittel in Höhe von 20,3 Mio. Euro, Baden-Württemberg 86 Mio. Euro, Bayern 37 Mio. Euro und Schleswig-Holstein 11,6 Mio. Euro.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210616-react-eu-hamburg-baden-wuerttemberg-bayern_de

Programm „Horizont Europa“ für ein gesünderes, grüneres und digitaleres Europa

Die Kommission hat das wichtigste Arbeitsprogramm für „Horizont Europa“ für den Zeitraum 2021-2022 angenommen, in dem die Ziele und spezifischen Themenbereiche dargelegt sind, für die Mittel in Höhe von insgesamt 14,7 Mrd. Euro bereitgestellt werden.

Diese Investitionen werden den ökologischen und den digitalen Wandel beschleunigen und zu einer nachhaltigen Erholung von der Coronavirus-Pandemie und zur Resilienz der EU bei Krisen in der Zukunft beitragen.

Mit diesen Investitionen werden europäische Forschende mit Stipendien, Ausbildungsmaßnahmen und Austauschprogrammen unterstützt, stärker vernetzte und effizientere europäische Innovationssysteme aufgebaut und Forschungsinfrastrukturen von Weltrang errichtet. Darüber hinaus werden sie europa- und weltweit für eine höhere Beteiligung sorgen und gleichzeitig den Europäischen Forschungsraum stärken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2993

Access City Award 2022: Bewerbungen für barrierefreie Städte ab jetzt möglich

Die 12. Runde des Wettbewerbs „Access City Award“ für barrierefreie Städte ist eröffnet. Europäische Städte mehr als 50 000 Einwohner*innen haben bis zum 08.09.2021 Zeit, sich zu bewerben und aufzuzeigen, wie sie barrierefrei und damit Orte werden wollen, in denen es sich für alle besser leben und arbeiten lässt. Da 2021 das Europäische Jahr der Schiene ist, wird die Kommission eine Bewerber-Stadt besonders auszeichnen, die sich besonders dafür eingesetzt hat, ihre Bahnhöfe allen zugänglich zu machen.

Die diesjährigen Preisträger werden auf der Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen am 03.12.2021 bekannt gegeben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20210615-access-city-award_de

■ Veranstaltungen

Jahreshaushaltskonferenz 2021 - Der EU-Haushalt und NextGenerationEU (NGEU)

Am **08.11.2021** findet in Brüssel via Live-Streaming eine Konferenz zum Thema „Der EU-Haushalt und NextGenerationEU (NGEU): Feuerwerk oder Urknall?“ statt.

Im Jahr 2020 vereinbarte die EU eine wirtschaftliche Reaktion in Höhe von 2 Bio. Euro, um die Erholung von der Coronavirus-Pandemie zu unterstützen und eine grünere, digitalere und widerstandsfähigere Zukunft aufzubauen.

Um einen Teil dieser Reaktion – das Sanierungsinstrument NextGenerationEU in Höhe von rund 800 Mrd. Euro – zu finanzieren, wird die Europäische Kommission im Auftrag der EU Kredite an den Kapitalmärkten aufnehmen.

Die neuen Zuständigkeiten des EU-Haushalts werfen wichtige Fragen zu seiner sich wandelnden Rolle heute und in Zukunft auf.

Folgende Themen sollen online diskutiert werden:

- Wie geeignet ist der EU-Haushalt, um die Herausforderungen zu bewältigen, die der EU bevorstehen?
- NextGenerationEU als „Game Changer“ an den Kapitalmärkten.
- Neue Einnahmen für den EU-Haushalt – warum ist das wichtig?
- Politische Ambition in den Mittelpunkt des EU-Haushalts rücken – wie kann der grüne und digitale Wandel vollzogen werden?

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/info/events/annual-budget-conference-2021-eu-budget-and-ngeu-fireworks-or-big-bang-2021-nov-08_de